

KEIN PODEST ZUM AUSRUHEN. DER KAMPF GEHT WEITER.

Feministischer Multilateralismus
25 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz
in Peking

Die Niederlande:

Ehegesetz wird auf
gleichgeschlechtliche
Ehen ausgeweitet
(erstes Land weltweit)

1. April

Christa Wichterich

Die vierte Weltfrauenkonferenz 1995 ist ein Leuchtturm am Ende eines jahrhundertelangen Kampfes um Gleichberechtigung. Doch 25 Jahre später sind die in Peking festgeschriebenen Frauenrechte wieder in Gefahr. Gleichzeitig bringen junge Feminist_innen, für die die Peking-Konferenz lediglich ein bröckelndes Denkmal ist, einen neuen Multilateralismus voran.

30.000 Frauenbewegte feierten in Peking ihre internationale Vernetzung mit einer „Wir-Frauen“-Identität, sie feierten ihren Grundkonsens „Menschenrechte sind Frauenrechte“ und schließlich das Ergebnis, die Aktionsplattform. Die 189 Regierungen signalisierten mit ihrer Unterschrift politischen Willen, die Aktionsplattform in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen umzusetzen. Völkerrechtlich verbindlich oder einklagbar ist das aber nicht.

Generation Peking

Die transnationale feministische Vernetzung war damals so dicht und intensiv wie nie zuvor. Mit versierten Verhandlungsführer_innen, der Global Women's Lobby, und einer nach außen formierten Einheitsfront waren Frauenbewegungen aus allen Kontinenten die treibende Kraft für die Agenda der Vereinten Nationen. Es war ihr Erfolg, dass Gewalt

gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung zum Querschnittsthema, sexuelle und reproduktive Rechte erstmals benannt wurden und das Konzept Gender die Machtfrage stellte. Das waren Meilensteine auf dem Weg zu einem geschlechtergerechten Global Governance Regime.

Die Generation Peking war damals überzeugt, dass Frauenrechte in Stein gemeißelt gehören, universell gelten und Schritt für Schritt umgesetzt werden müssen. Jahrelang beschäftigte sie sich mit Bilanzen, mit Fortschritt, Rückschritt und Stillstand. Tatsächlich waren Gleichstellungsfortschritte bereits unmittelbar vor und unmittelbar nach der Peking-Konferenz am größten, mit den deutlichsten Erfolgen im Bildungsbereich. Allerdings verlief die Umsetzung der Aktionsplattform weder automatisch noch linear, sondern an verschiedenen Orten ungleich und häufig widersprüchlich. Die UN nennt dies ein „unfinished business“

der Regierungen, so als wäre alles nur eine Frage der Zeit.

Dagegen erleben zivilgesellschaftliche Organisationen die Durchsetzung von Geschlechtergleichheit als knallharte Machtfrage. Sie sind mit Blockaden, Rückschlägen und gleichstellungsfeindlichen Gegenbewegungen, aber auch mit schrumpfenden demokratischen Spielräumen konfrontiert. Das politische Klima für Maßnahmen und Kämpfe für Frauenrechte hat sich national und international verschlechtert: Im Zuge neoliberaler Politiken und einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche wird Gleichstellung marktförmig instrumentalisiert, neokonservative, antifeministische und religiös fundamentalistische Kräfte haben sich zu einer Konterrevolution formiert, die UN und der Multilateralismus

stecken in einer tiefen Krise. Zwar sind Frauen heute präsenter im öffentlichen Leben, in der Erwerbsarbeit und in der Politik. Doch fehlt es zunehmend an politischem Willen und an Finanzen, um Gleichstellung auf Dauer zu sichern. Aus Furcht, dass ultrakonservative Kräfte das in Peking Erreichte aushebeln könnten, wurde die Idee einer 5. Weltfrauenkonferenz aufgegeben.

Die politisch radikalen Potenziale von Frauenbewegungen, die sich in Peking auf die Transformation patriarchaler und globaler Machtverhältnisse gerichtet hatten, verschwanden in dem Bemühen, kleine Umsetzungsschritte zu erzielen. Die staatliche Institutionalisierung von Frauenpolitik und das Gender-Mainstreaming als technisches Verfahren führten dazu, dass Aktivist_innen eingebunden und Inhalte entradikalisiert wurden. Regierungen und NGOs orientierten sich immer mehr an den unpolitischen, aber finanzstarken MDGs, später an den SDGs. Statt einer Transformation des Entwicklungsmodells lag der Fokus nun auf dem Sektor „Gender und Entwicklung“.

Neuer Schwung, neue Welle

Gleichzeitig haben sich die Themen auf der Agenda und Frauenbewegungen selbst verändert. Heute wird die Geschichte transnationaler Solidarisierung aus der Perspektive postkolonialer und antirassistischer Kritik neu geschrieben. Aus dieser Sicht waren die vielgerühmte Verschwisterung der Frauenrechtler_innen im Peking-Prozess und ihre Einheit in der Vielfalt nur imaginiert. „Ich bin nicht eure Schwester“, empörte sich die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Spivak und bezeichnete die Pekinger Konferenz als ein „globales Theater“, das die „tiefe transnationale Uneinigkeit“ verschleierte. Eine Parole in Peking war zwar: „Vielfalt ist unsere Stärke“. Aber intersektionale wie auch kolonial- und rassismuskritische Ansätze waren in Peking eher leise. Es war politische Strategie, trotz aller inneren Differenzen nach außen hin eine Einheitsfront zu

bilden. Schwarze Frauen beklagen nun, dass weiße Frauen bei dieser Art Verschwisterung dominieren und sich ein „imperialer Feminismus“ auf Grundlage eines westlichen Konzepts von Menschen-/Frauenrechten und von Eurozentrismus durchsetzt. Einige halten derzeit eine Solidarisierung auf Augenhöhe gar nicht für möglich, obwohl sie in der neoliberalen Globalisierung absolut notwendig ist.

Nach Peking differenzierte sich die „Wir-Frauen“-Identitätspolitik durch die separate Organisation unterschiedlicher Interessengruppen wie Queer- und LGBTQIA+-Personen oder Migrant_innen verschiedenster Herkunft immer mehr. Vernetzung findet vor allem in den sozialen Medien statt. Heute sind feministische Bewegungen stark fragmentiert, divers und voller Widersprüche. Doch inzwischen hat ein neuer Aufbruch stattgefunden. Junge Feminist_innen sind oft weniger staatsfixiert als die Generation Peking und setzen mehr auf ihre autonomen Kräfte. Die #MeToo-Bewe-

gungen. Dabei bleibt sexualisierte Gewalt das verbindende Dauerthema.

Erklärtes Ziel der neuen Feminismen ist eine Bündnispolitik mit anderen sozialen Bewegungen. Mit großer Dynamik verknüpft die „Women's Global Strike“-Initiative Themen wie strukturelle Gewalt mit Care-Arbeit und Wohnungs-, Ernährungs-, Umwelt- und Arbeitsrechtsfragen mit Problemen verschiedener Ungleichheitssysteme. Während Trump das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt hat, Bolsonaro aus dem internationalen Konsens zu sexuellen und reproduktiven Rechten aussteigen will und Polen und die Türkei die Istanbul-Konvention verlassen wollen, ist ein feministischer Multilateralismus entstanden. Gerade ist die „Black Live Matters“-Bewegung ein großartiges Beispiel transnationaler und intersektionaler Solidarisierung – trotz

China
tritt der
Welthandelsorganisation
bei

11. Dezember

11. September

Terrorattacke
des 11. September,

daraufhin bombadiert
USA und UK Afghanistan
ab 7. Oktober

gung steht paradigmatisch dafür, wie sie lokal aktiv, aber gleichzeitig über die sozialen Medien global motiviert und eingebunden sind. Sie erobern die Straßen zurück mit Demonstrationen wie die „Ni Una Menos“-Bewegung in Lateinamerika und tanzen für ihre Selbstständigkeit in der „One Billion Rising“-Kampagne. Sie sind die Protagonist_innen in Demokratiebewegungen wie im Sudan und Weißrussland sowie in Klimabewe-

Covid-19-Krise. Für viele ist der Feminismus weder vom Antirassismus noch vom Antikapitalismus als Widerstand gegen zwei mit Sexismus und Misogynie verschränkten Herrschaftssystemen trennbar.

Die Pekinger Aktionsplattform hat dies alles nicht explizit gemacht und keine zeitgerechten Antworten auf diese globalen Probleme formuliert. Das schmälert aber nicht die historischen Leistungen der Generation Peking und die Verdienste der Konferenz als Quantensprung hin zu mehr Menschenrechten als Frauenrechte. Danach kann es kein Zurück geben, sondern nur neue Solidaritäten vorwärts, analog und digital.

Zur Autorin: Christa Wichterich ist Publizistin und derzeit Online-Hochschullehrerin. Sie ist aktiv in transnationaler feministischer Vernetzung, beim europäischen Netzwerk WIDE+ und bei der Stiftung Asienhaus in Köln.